

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 5 (1913)
Heft: 11

Rubrik: Internationale Gewerkschaftsbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

komitee wurde beauftragt, die Frauenversicherung im Auge zu behalten und bis zur nächsten Delegiertenversammlung genaue Erhebungen anzustellen.



Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Aus der französischen Gewerkschaftsbewegung.

Nach einwöchiger Dauer ist der Streik der französischen Bergarbeiter, über den wir in der vorigen Nummer berichteten, durch die Erklärung der Vertreter der Unternehmer, *bis zur definitiven Annahme des Gesetzes keinerlei Schichtenverlängerung zuzulassen*, beendet worden. Die Bergherren wären wohl von ihrem Prozenstandpunkt, den sie der Regierung gegenüber eingenommen hatten, nicht abgegangen, wenn der inzwischen vollständig gewordene Streik im nordwestlichen Kohlenrevier nicht gedroht hätte auch auf die andern Kohlenreviere überspringen und sich auf die drei aktuellen Forderungen der Bergarbeiter auszudehnen: Achtstundentag, Pensionsgesetz und Minimallohn.

Die Kammer setzte die vom Senat auf 150 Stunden im Jahre erhöhte zulässige Ueberschreitung des Achtstundentages auf 60 herab. In einer zweiten Beratung gab die Senatskommission etwas nach, erhöhte gegenüber dem Kammerbeschluss die zulässige Ueberstundenzahl jedoch immer noch auf 90. Nach weiterer dringlicher Vorstellung der Regierung ist die Senatskommission jetzt dem Beschluss der Kammer beigetreten und hat die zulässige Ueberstundenzahl gleichfalls auf 60 festgesetzt. Es ist anzunehmen, dass das Plenum des Senats diesem Beschluss beitrifft.

Damit wäre der Achtstundentag wenigstens im Kohlenbergbau gelöst und man könnte hoffen, dass der jüngste Streik auch dem wieder aufgetauchten alten Streit zwischen den Organisationen des nordwestlichen Kohlenreviers und dem Bergarbeiterverband ein Ende machen würde. Leider ist das Gegenteil eingetreten und heute scheint der Riss zwischen den organisierten Bergarbeitern tiefer als je. Infolge des Abbruchs des Streiks ehe die Leitung des Bergarbeiterverbandes dazu Stellung nahm — die beabsichtigte, den Streik auf die drei angeführten Forderungen und auf ganz Frankreich auszu dehnen — kam es zu heftigen Anklagen gegen die Führer der abgesplitterten Organisationen des nordwestlichen Reviers. In einem Manifest der Leitung des Bergarbeiterverbandes wurden sie des Verrats bezichtigt. Von der anderen Seite wurde in noch viel heftigerem Tone geantwortet, und auch die Vertreter der Konföderation, die sich auf die Seite des Bergarbeiterverbandes gestellt hatten, angegriffen. Es ist jedenfalls zu bedauern, dass die Sekretäre der Konföderation, die als Schiedsrichter angerufen wurden, vorzeitig öffentlich in dem Streit Partei ergriffen haben. Damit ist ihre Vermittlungsaktion von vornherein in Frage gestellt.

Die Statistik der Streiks in Frankreich im Jahre 1912, die vom Arbeitsministerium veröffentlicht wird, zeigt auch weiter den von uns bereits festgestellten Rückgang der französischen Streikbewegung während der letzten Jahre. Die Streikstatistik führt wohl für das Jahr 1912 1116 Streiks und 267,627 Streikende auf, wobei jedoch 116,622 Bergarbeiter inbegriffen sind, die einen eintägigen Manifestationsstreik machten, um auf das Parlament einen Druck zur Durchführung der von den organisierten Bergarbeitern an die Gesetzgebung gestellten Forderungen auszuüben. Diese Manifestation gehört ebenso wenig in die Streikstatistik wie die vom 1. Mai, oder ähnliche, nicht gegen das Unternehmertum gerichtete Manifestationsstreiks. Der Rückgang der Streikbewegung während der letzten drei Jahre zeigt sich in folgenden Zahlen. Es fanden statt:

	Streiks	mit Streikenden
1910	1502	281,425
1911	1471	230,646
1912	1115	151,005

Das Resultat im Jahre 1912, im Verhältnis zum Jahresdurchschnitt der letzten 10 Jahre (wobei wir nicht die Zahlen der offiziellen Statistik benutzen, die den Streik der 116,622 Bergarbeiter als «erfolglos» rubriziert, war prozentual folgendes:

	Streiks		Streikende	
	1902—1911	1912	1902—1911	1912
Erfolgreich	21,02	17,29	12,17	12,00
Teilweise erfolgreich	38,02	34,23	57,62	47,29
Erfolglos	40,96	48,48	30,21	40,71

Untersuchen wir das Resultat bezüglich der erzielten Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, so finden wir gleichfalls sehr ungünstige Zahlen. Es erreichten eine Lohnerhöhung 53,476 Arbeiter und eine Verkürzung der Arbeitszeit 9709. Das Ergebnis lässt also nach jeder Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig und zeigt deutlich, wie notwendig zu Erfolgen starke Gewerkschaften sind.

Paris, 19. Dezember 1913.

Josef Steiner.

Italien.

Vom 20. bis 22. Dezember tagte in Mailand der Emigrantenkongress. An demselben nahmen sowohl die Vertreter der 37 bestehenden permanenten Emigrationssekretariate Italiens, als auch einiger an der Emigration interessierten Gewerkschaftsverbände des Auslandes, so von Deutschland, Oesterreich und der Schweiz teil. Ebenfalls war eine Abordnung des italienischen Ministeriums rege an den Verhandlungen beteiligt. Die Oberleitung genannter Emigrationssekretariate liegt bekanntlich in den Händen der «Umanitaria», und zwar speziell des uns wohlbekannten Genossen Valär. Dieser leitete auch diese dreitägigen Beratungen. Nebst diesen 37 permanenten Sekretariaten im Inland werden von der «Umanitaria» im Auslande noch viele Institutionen finanziell subventioniert, um deren Hilfe in der Regelung der Emigration der Italiener zu sichern.

Der Hauptgedanke in allen diesen Kongressdiskussionen lag auch nur in der Erleichterung der Reise und Arbeitssuche der Emigranten, als auch jeder Hilfeleistung und Aufklärung für diese, speziell Schutz der Emigranten im Auslande. Aber auch der Bildung derselben im Inwie im Auslande wurde gedacht und diesbezügliche Beschlüsse gefasst. Scharf verurteilt wurde das Treiben der Bonomellianergesellschaft im Ausland und der Wunsch ausgesprochen, dass diese religiöse und politische Gesellschaft mit ihren für die Emigrationen und alle Arbeiterorganisationen schädigenden Quertreibereien seitens des Ministeriums nicht mehr unterstützt werde. Die Ausweisungsmethode einzelner Länder gegenüber Emigranten soll in Zukunft auch genau beachtet werden, und es ist nötigenfalls gegen diese Ausweisungen vorzugehen. Längere Debatten entstanden über die bevorstehende Winteragitation unter den Emigranten, die nun nach Hause zurückgekehrt sind. Es wurde dabei das Verhalten der italienischen Arbeiter im Auslande angeschnitten. In diesem Winter werden für Agitation 200 Versammlungen mit Referaten abgehalten, daran beteiligen sich 15 Agitatoren, die teils vom Auslande selbst hierher kommen. Diese Agitation beginnt mit 4. Januar 1914 und es haben die Emigrationsbeamten in Italien die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Denn trotzdem für das nächste Jahr die Arbeitsgelegenheit in den europäischen Ländern keine bessere sein dürfte als im gegenwärtigen Jahre, so sind doch alle Anzeichen da, dass die Emigration nicht kleiner, sondern bedeutend grösser sein wird, denn auch Italien leidet unter einer harten Krise.

K.

Nordamerika.

Eine Warnung aus Kalifornien an Auswanderer.

(IS) Vom Staatskartell der Gewerkschaften Kaliforniens wird uns folgender Aufruf mit der Bitte um Verbreitung zugesandt:

Im Namen der organisierten Arbeiter Kaliforniens möchten wir an alle organisierten Arbeiter Europas die dringende Bitte richten, mit den organisierten Arbeitern Kaliforniens in einer für beide Teile ungeheuer wichtigen Angelegenheit gemeinsam zu arbeiten, nämlich in bezug auf eine zweckentsprechende Regulierung und Verteilung der europäischen Einwanderung nach der Küste des Stillen Ozeans nach Eröffnung des Panamakanals.

Um den europäischen Arbeitern einen korrekten und allgemeinen Eindruck über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Kalifornien zu geben, möchten wir folgende kurze und zusammenfassende Uebersicht unterbreiten:

Die Eröffnung des Panamakanals für den Weltverkehr ist ein Ereignis von grösster Wichtigkeit und Tragweite für die organisierten Arbeiter an der Küste des Stillen Ozeans. Unter dem Schutze unserer verhältnismässig isolierten Lage konnten die hiesigen Arbeiterorganisationen ihre wirtschaftlichen Probleme bei verhältnismässig geringer Einmischung seitens der Aussenwelt lösen. Deswegen entstand unter den meisten Arbeitergruppen ein Gefühl der Beständigkeit und Sicherheit, das in der allgemeinen Beteiligung der Arbeiter in staatlichen und kommunalen Angelegenheiten seinen Ausdruck findet. Im grossen und ganzen wurden durch die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen einigermassen zufriedenstellende Löhne, Arbeitszeit und allgemeine Arbeitsbedingungen für fast alle Arbeiterklassen, die willens waren, sich zu ihrem eigenen Schutze zu organisieren, erlangt. Zudem haben die organisierten Arbeiter an gesetzlichen und politischen Angelegenheiten beträchtlichen Anteil genommen und für sich selbst und ihre eigene Sicherheit viele Vorteile errungen. Mit der Eröffnung des Panamakanals jedoch und der damit verbundenen drohenden Masseneinwanderung von grossenteils unorganisierten Arbeitern, ändert sich die Lage.

Um den Ernst der Lage zu begreifen, hat man sich nur die Geschichte der europäischen Einwanderung nach den Vereinigten Staaten zu vergegenwärtigen. Bisher hat sich diese Einwanderung auf den östlichen und am meist bewohnten Teil des Landes erstreckt. Und obgleich die enorme Zahl von nahezu 30 Millionen Einwanderern erreicht wurde, geschah die Zunahme doch so allmählich, dass die amerikanische Industrie imstande war, sich ihr anzupassen und gleichzeitig allmählich anzuwachsen und zwar ohne ungebührliche Störung der wirtschaftlichen Bedingungen — abgesehen von einigen Fällen, wo Arbeitgeber aus Rache oder im Interesse einer grösseren Ausnützung eine Klasse Arbeiter entliessen und durch ganz neue ersetzen. Mit der Vollendung des Panamakanals jedoch glaubt man, dass der Strom der europäischen Einwanderung sich hinfert grossenteils nach dem spärlich bewohnten Westen ergiessen wird. Das bedeutet, dass, während in früheren Jahren die Einwanderung einen kleinen Prozentsatz der ortsansässigen Bevölkerung ausmachte, die kommende Einwanderung an der Küste des Stillen Ozeans sicherlich die Bevölkerung in wenigen Jahren verdoppeln oder verdreifachen wird. In anderen Worten, hier im Westen wird die Einwanderung nicht eine reine Absorptions- oder Einverleibungsfrage eines neuen Elements bedeuten, sondern man wird daran denken müssen, wie einem Einfall oder vielleicht einer Beherrschung durch eine ganz neue Bevölkerung entgegenzutreten ist.

Wenn es ein neues Land wäre, d. h. wenn die natürlichen Quellen jedem Neuankommenden geöffnet und erreichbar wären, dem Arbeiter sowohl wie dem Unter-

nehmer, so wäre alles schön und gut und keinerlei üble Folgen würde ein solch aussergewöhnliches Ereignis nach sich ziehen. Aber die Küste des Stillen Ozeans ist ein altes Land, insofern als die reichen und wundervollen Schätze des Landes seit langem in den Händen einiger Personen oder Vereinigungen monopolisiert wurden. Und diejenigen, welche die Anrechte besitzen, welcher Art diese auch seien, tun wenig oder gar nichts, sondern warten auf einen Wertzuwachs durch den Zuwachs der Bevölkerung, Arbeit, Industrie und Unternehmungen. Es kann nicht erwartet werden, dass diese Zustände lediglich durch ein aussergewöhnliches Ereignis, wie die Eröffnung des Panamakanals, geändert werden. Die Gesetzgebung kann wohl einige Hindernisse beseitigen, welche diejenigen begegnen, die neue Industrien grossen Stils begründen möchten. Aber gesetzgeberische Veränderungen können nicht unmittelbare Wirkung haben. Dass sie kommen ist ziemlich sicher, wenn die Arbeiter und andere fortschrittliche Elemente auf politischem Gebiet fortfahren, mit Eifer und Verstand in diesem Sinne zu wirken.

Die der Vollendung des Kanals vorangehenden Jahre waren wirtschaftlich nicht günstig. Dies ist ersichtlich aus einer chronischen Arbeitslosigkeit, die in den Städten herrschte, und zwar in mehr oder minder ausgeprägter Form in jedem Winter in San Francisco, Portland und Seattle, welche Städte die Hauptindustriezentren, nicht nur für die Staaten am Stillen Ozean, sondern auch für Alaska, sind.

Es ist eine leichte Aufgabe und ein vergnüglicher Zeitvertreib für Handels- und Gewerbekammern und für Spekulanten, Statistiken herauszugeben, die den wachsenden Wohlstand des Westens beweisen sollen. Nach unserer Meinung kann der Wohlstand nicht nach dem anwachsenden Export, den Bankabrechnungen, Grundstücksteuern, Sparbeträgen oder den von Gesellschaften verteilten Dividenden bemessen werden. Diese Angaben mögen beweisen, bis zu welchem Grade einige wenige imstande sind, die grosse Masse auszubeuten. Ständige Arbeit zu guten Löhnen und die Fähigkeit der Arbeiterschaft, von Zeit zu Zeit — ohne zum Streik greifen zu müssen — angemessene Verbesserungen zu erzielen, sind weit mehr gute Anzeichen eines wirklichen Wohlstandes.

Deshalb wiederholen wir — wenn auch im Gegensatz zu den Wohlstandsstatistikern — dass an der Küste des Stillen Ozeans zeitweise die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren chronisch geworden ist und dass häufig Streiks zur Aufrechterhaltung der bestehenden Arbeitsbedingungen oder zur Erlangung besserer Verhältnisse haben stattfinden müssen.

All das beweist, dass die glänzenden Berichte über Kalifornien, die gerade jetzt so häufig in der Presse der gesamten Welt verbreitet werden, immer mit einer gewissen Vorsicht aufgenommen werden müssen. Auswanderungslustige sollten sich immer vergegenwärtigen, dass die in Kalifornien und an der Küste des Stillen Ozeans bestehenden Industrien kaum imstande sind, die sich jetzt schon hier befindlichen Arbeiter zu unterhalten und noch viel weniger, eine eventuell grosse Anzahl neuer Einwanderer zu beschäftigen.

Um ein gewissenhaftes Bild über die allgemeinen Verhältnisse und die gegenwärtigen Aussichten für die Arbeiterklasse, die sie bei ihrer Ankunft hier vorfinden werden, zu geben, zitieren wir aus dem 15. Jahresbericht des Kommissariates des staatlichen Arbeitsamtes in Kalifornien folgenden Abschnitt:

« Bis vor kurzem war Kalifornien ein Land mit vielem Grossgrundbesitz, was der Tatsache zu verdanken war, dass, sobald die Vereinigten Staaten ihre westlichen Besitzungen erworben, es die von Spanien erteilten Landverteilungen für zu Recht bestehend erklärte. Diese Landverleihungen — ungefähr 600 — umfassten

ungeheure Flächen. Als die Landwirtschaft mit dem Goldbergbau folgte, begannen einige der Eigentümer, diese Ländereien zu bebauen, während andere sie brach liegen liessen und lassen, bis sie einst in kleinere Farmen aufgeteilt werden. Dies führte zu zwei Problemen, welchen das Volk von Kalifornien während der letzten 30 oder 40 Jahre gegenübergestanden hat. Das erste war, woher billige Arbeitskräfte in grossen Massen nehmen, während es sich ferner darum handelte, dass die amerikanischen Farmer aus den östlichen Staaten und die einwandernden europäischen Landwirte zu anständigen Preisen kleinere Flächen Landes nicht erwerben konnten.

Die Einwanderung der Chinesen gewährte den Farmern dann die gewünschten billigen Arbeitskräfte. Die Billigkeit dieser Arbeiter, die grossartige Qualität der erzeugten Produkte und der erfolgreiche Verkauf derselben erhöhten den Landwert dieser Farmen und auch derjenigen Ländereien, die durch Landesverleihungen verschenkt worden waren und die zurückbehalten wurden, bis der Preis in manchen Teilen des Landes so hoch gestiegen war, dass es für den Durchschnittsmenschen ganz unmöglich wurde, Farmer zu werden. Dann kam die Ausweisung der Chinesen und die Forderung nach anderen Arbeitskräften, die sie ersetzen sollten. Japaner wurden die Nachfolger der Chinesen in der landwirtschaftlichen Arbeit; wohl wünschte die Bevölkerung von Kalifornien die Japaner nicht, aber man war gezwungen, sie aufzunehmen an Stelle der andern.

Das Wichtigste in der ganzen Landwirtschaft Kaliforniens ist jedenfalls die genaue Spezialisierung. Man hat rechtzeitig herausgefunden, dass gewisse Produkte an bestimmten Orten besonders gut gedeihen, so dass jedermann an dem betreffenden Orte diese Getreidesorte anbaute, und dass auf diese Weise während der Erntezeit ungeheuer viel Arbeiter gebraucht wurden. Diesen Verhältnissen ist es zu verdanken, dass Japaner beschäftigt wurden. Der Japaner ist ein wandernder Arbeiter, während der weisse Mann versucht, da zu leben, wo er arbeitet. Der Japaner, der in Vaca Valley (im Norden des Staates) im Mai Kirschen pflückt, folgt in den verschiedenen Jahreszeiten den verschiedenen Erzeugnissen, bis er im Süden des Staates (mehr als 500 Meilen entfernt) im Dezember und Januar Orangen pflückt. Die Japaner sind unter einer Leitung, die sie von Platz zu Platz, von Ernte zu Ernte führt, und dadurch gelingt es ihnen, das Jahr über die meiste Beschäftigung zu erhalten. Natürlich gibt es gewisse Arten von Arbeiten, die den Weissen abschrecken, der Japaner dagegen eignet sich für sie besonders, Arbeiten, die in gebückter oder liegender Stellung getan werden, wie das Pflücken von Beeren, das Schneiden von Spargeln usw. Keine fremde Rasse aber hat den weissen Mann in unseren Kornfeldern ersetzt. Sogar auf den Grundstücken, die Japanern gehören, arbeiten Weisse mit den Pferden und bebauen die Felder, aber alle übrige Arbeit leistet der Japaner.

In den letzten Jahren kam noch ein neues Problem für Kalifornien hinzu: der Ersatz der Japaner. Wir müssen jetzt vorwärts nach Europa blicken, um für die Landarbeit Ersatz zu bekommen. Wir haben schon angefangen, diese Frage durch Beschäftigung von Griechen — hauptsächlich beim Traubenpflücken — zu lösen.

Ein wichtiger Punkt in der Beschäftigung von Weissen bei der Landarbeit in Kalifornien ist, dass ihnen nicht die Achtung gezollt wird, die ihnen gebührt. Das kommt daher, dass wegen der kurzen Spanne Zeit, die sie auf der gleichen Farm arbeiten, der Eigentümer es nicht für nötig erachtet, Bequemlichkeiten für sie herzustellen, woraus folgt, dass sie ihre Schlafdecke auf dem Rücken zu tragen haben und bei Mutter Grün

übernachten müssen. Diese Verhältnisse tragen nicht dazu bei, eine gute Klasse von Landarbeitern zu erziehen, sondern eher eine Klasse von «Wanderarbeitern». Während sechs Monaten des Jahres werden sie polizeilich aus der Stadt gewiesen, wenn sie sich weigern, Arbeit zu verrichten, und während der anderen sechs Monate werden sie ausgewiesen, weil sie Arbeit suchen.

Die Eröffnung des Panamakanals wird wahrscheinlich das Landarbeiterproblem von Kalifornien lösen, aber gleichzeitig haben wir uns zu hüten vor dem eventuellen Zustrom unerwünschter Einwanderer aus Süd-Europa, Kleinasien und Afrika. Für ein Mehr von 7½ Dollar bis 10 Dollar werden die Einwanderer statt in Neuyork in San Francisco gelandet. Kalifornien braucht Einwanderer, um den Boden zu bebauen, aber es braucht derbe europäische Bauern und nicht das Volk von den Seehafenorten, die nur Laster und keine Tugenden mitbringen, welche sich in unseren grossen Städten ansammeln und eigene Kolonien bilden, wobei sie ihre Gewohnheiten beibehalten und für unsere Polizei eine ewige Quelle des Aergers sind. Ich füge jedoch hinzu, dass es nötig ist, wenn man die beschriebene Klasse von Einwanderern erhalten will, ihre Interessen beim Landen an unseren Küsten in Betracht zu ziehen.

Es sollte jedoch versucht werden, dass die Einwanderer während der Erntemonate — von Mai bis August — ankommen. Da würde es verhältnismässig leicht sein, ihnen Arbeiten in den landwirtschaftlichen und gartenbautreibenden Bezirken zu verschaffen. Wenn die Einwanderer einmal auf dem Felde arbeiten, würde die Frage sich von selbst lösen. Der fleissige Einwanderer könnte in wenigen Jahren eine kleine Farm erwerben nach den jetzt gebräuchlichen Kolonisationsmethoden, nach welchen die Ländereien des Staates aufgeteilt werden. Diese Schicht würde dann ihrerseits eine landwirtschaftliche Gemeinschaft herausbilden, welche rechtzeitig das Landarbeiterproblem lösen würde, und zwar durch die Einführung von Abwechslung der Ernten in einzelnen Orten und die allmähliche Beseitigung der starken Spezifizierung der Betriebe.

Wenn aber die Einwanderer nach der Ernte ankommen, vereinigen sie sich mit ihren eigenen Landsleuten in den grossen Städten und, nachdem sie sich dort sechs oder acht Monate aufgehalten haben, ist es unmöglich, sie noch auf den Farmen unterzubringen.

Wenn sie sich einmal in der Stadt festgesetzt haben, ist es im Durchschnitt unmöglich, zur Landarbeit zurückzukehren. Wenn wir noch grosse Fabriken wie im Osten hätten, könnten wir sie in den Städten unterbringen, aber im gegenwärtigen Moment ist in den landwirtschaftlichen Bezirken deren beste Gelegenheit, Arbeit und Erwerb zu erlangen.

In wenigen Jahren wird die kalifornische Gesetzgebung wahrscheinlich ein Abzahlungssystem für den Erwerb von Ländereien ausarbeiten, nach welchem Männer mit Familien kleine Farmen kaufen und in jährlichen Raten bezahlen können. Wenn das erst durchgeführt ist, aber auch nicht eher, können wir auf eine herrliche Entwicklung unserer landwirtschaftlichen Möglichkeiten gefasst sein. Aber niemals war es dem Mann mit kleinen Mitteln schwerer, Land zu erwerben, als gerade jetzt. Durch gemeinsame Arbeit unter sich selbst könnten die Farmer schon jetzt bessere Bedingungen zum Verkauf ihrer Erzeugnisse schaffen. Gegenwärtig jedoch heimsen die Vermittler den Löwenanteil des Gewinnes ein. Die Gesetzgebung hat schon versucht, dieses Problem zu lösen, aber ohne Erfolg.

Wir möchten allen denjenigen, die vorhaben, nach Kalifornien auszuwandern, den Rat geben, die englische Sprache zu erlernen, bevor sie kommen. Auf diese Weise können mühevollen Jahre gespart werden. Man

kann sich jetzt die englische Sprache überall so leicht aneignen, dass das nicht vernachlässigt werden sollte. Ausserdem möchten wir allen Einwanderungslustigen den Rat geben, sofort bei ihrer Ankunft ihrer Berufsorganisation beizutreten. Nur so wird es möglich sein, dass sie und ihre Kameraden, die durch lange Jahre voller Opfer und Kämpfe für alle gute Löhne und Verhältnisse erzielt haben, davon Nutzen ziehen. Lasst uns immer vorwärts, niemals rückwärts gehen!

In der Hoffnung, dass diese Anregungen von unseren Kameraden in Europa befolgt werden, und dass die vorliegenden Informationen ebenso wie eventuell zukünftige die grösstmögliche Verbreitung finden mögen, zeichnen wir

D. P. Haggerty, Präsident,
Paul Scharrenberg, Sekretär des Kalifornischen
Staatskartells der Gewerkschaften.

Südamerika.

Die Arbeiterklasse in Chile.

(IS) Der Mangel an einer kräftigen revolutionären industriellen Bewegung ist hauptsächlich den ungesunden wirtschaftlichen Verhältnissen zuzuschreiben. Viele der Arbeiter, welche unter der Ausbeutung litten, bedienten sich früher eines einfachen Mittels, sich der lästigen Folgen der Ausbeutung zu erwehren: Sie verliessen das Geschäft ihres Arbeitgebers und fingen, lediglich mit ihrer Hände Arbeit, ihrem Handwerkszeug und ihrer Arbeitskraft, ein eigenes Geschäft an. Dadurch wurden in Chile die Kräfte des Klassenkampfes sehr zersplittert. Doch auch diese Möglichkeit schwindet immer mehr. Das industrielle Proletariat jedoch ist noch schwach, weil erst in neuester Zeit in den grösseren Städten Fabriken grossen Stils gegründet wurden. Einer der schwersten Missstände, welche die Leute am Eintritt in die Organisation hindern, ist die Länge des Arbeitstages. Das Minimum ist 10 Stunden und das Maximum oft über 12 Stunden. Natürlich protestieren die Arbeiter gegen derartige Zustände und dringen auf Verbesserungen. Die nötigen Vorbedingungen zu einem bewussten Widerstande gegen die Unternehmer existieren schon, wenn auch nicht in solch erstaunlichem Masse wie in anderen Ländern. Schon das Bestehen von Arbeiterorganisationen mit all ihren Schwächen und Irrtümern beweist, dass in der Masse des arbeitenden Volkes der Wunsch nach Emanzipation wach geworden ist. Die ersten gewerkschaftlichen Organisationen waren schon ziemlich energisch. Da sind besonders zu nennen:

Die *Bäcker* mit 2000 Mitgliedern. Sie haben einen Verband mit fünf Sektionen in der Hauptstadt und Abteilungen in den grösseren Städten. Er schliesst jede Politik streng aus und befasst sich ausschliesslich mit Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Er hat von jeher in den Kämpfen der Arbeiter an erster Stelle gestanden. Die *Schuhmacher* sind noch zahlreicher. Sie haben schon manche Konflikte mit den Arbeitgebern gehabt. Sie bilden den Kern der klassenbewussten Arbeiter. Die *Zimmerer*, ungefähr 2000 Mitglieder, berechnen ebenfalls zu schönen Hoffnungen in dieser Beziehung. Das gleiche kann von der Organisation der *Wagenbauer*, die etwa 1000 Mitglieder zählt, gesagt werden. Die *Eisenbahner*, von denen 10,000 in der Republik in einer Föderation unter dem Schutze von Gesetzgebern und Politikern organisiert sind. Obgleich ihr Statut ihnen politische und religiöse Beteiligung verbietet, politisieren sie doch sehr viel. An dieser Stelle möchten wir auch eine andere Arbeiter-Vereinigung, die der *Angestellten der elektrischen Trambahnen* erwähnen. Sie haben 800 Mitglieder, wovon ungefähr 400

Frauen sind. Natürlich gibt es noch manche Berufe, die an der Gewerkschaftsbewegung regen Anteil nehmen, aber sie sind meist noch von geringer Bedeutung, wie zum Beispiel die Transportarbeiter.

Wenn man ausser diesen Berufen noch die Arbeiter der Textil-Industrien, Destillationen, Gerbereien, Bonbonsfabriken usw. erwähnt, so gibt es allein in der Hauptstadt 50,000 Arbeiter beiderlei Geschlechtes, welche zur neuen Lebensanschauung, welche die Gewerkschaftsbewegung lehrt, zu erwecken sind.

Die meisten Arbeiter werden in Chile in *Bergwerken* beschäftigt. Die im Norden in den Salpeterminen beschäftigten Arbeiter werden in schrecklicher Weise ausgebeutet. Ihr Lohn wird ihnen in Form von Scheinen verabfolgt, wodurch sie gezwungen werden, alle ihre Bedarfsartikel in den Läden der Gesellschaft zu ganz ausserordentlich hohen Preisen zu kaufen. Infolgedessen sind ihre Löhne in Wirklichkeit niedriger als die in den Scheinen angegebene Summe. Natürlich blieben die Arbeiter einer solchen Sklaverei gegenüber nicht gleichgültig und gründeten deshalb Gegenseitigkeitsgesellschaften und Arbeiterverteidigungsverbände. Der wichtigste Streik in den Salpeterminen wurde im Dezember 1907 erklärt. Mehr als 30,000 Arbeiter waren daran beteiligt. Das Ende war sehr traurig. Nachdem die Regierung sich mit den Kapitalisten zu beiden Seiten der Anden verständigt hatte, griff man zu den Waffen, die gegen den argentinischen Feind angeschafft worden waren, um arme chilenische Arbeiter niederzuschliessen, die gegen die fremden Kapitalisten kämpften, um für ihre Kinder etwas mehr Brot zu erhalten. Ähnlich ging es mit den damals von Argentinien gekauften Waffen. Bei der Maidemonstration 1909 und bei vielen anderen Gelegenheiten wurden damit argentinische Arbeiter niedergemetzelt.

Nach dem grässlichen Gemetzel in Iquique wurden die Arbeiter per Schub zur Arbeit zurückgebracht. Die Kapitalisten behandelten diese armen Geschöpfe wie eine eroberte Rasse. Der Geist der Auflehnung dieses Teils des chilenischen Proletariats wurde im Blute von 800 Opfern erstickt. Jetzt werden sie noch mehr unterdrückt und ausgebeutet als vor dem Streik. Sie gehen zugrunde an Ueberanstrengung und schlechter Ernährung. Deshalb werden sie leicht Alkoholiker, was ja meist die Folge schlechter Ernährung und Ueberanstrengung ist. Ihre Organisation vor dem Blutbade war ein Gemisch von Genossenschaft und politischer Partei.

In den anderen Teilen Chiles, wo in der Kohlen-, Schwefel- und Granitindustrie viele Tausende von Arbeitern beschäftigt werden, ist bis jetzt von einer lebenskräftigen Kampforganisation wenig zu spüren gewesen. Jedoch beginnt auch in ihren Reihen das Klassenbewusstsein zu erwachen.

Die *Landarbeiter* Chiles werden wohl die letzten sein, die sich aktiv betätigen, und zwar infolge ihrer geistigen Rückständigkeit und der grossen Entfernung untereinander. Sie sind für ihre Herren nichts anderes als Arbeitstiere, auf den Farmen besteht noch das System des «Zehnten». Die Landgeistlichkeit verlangt diesen Zehnten von den Bauern, trotzdem schon die Centenarfeier der Unabhängigkeitserklärung von der Geistlichkeit gefeiert wurde! Die «Zehnten»-Abgabe ist nicht mehr gesetzlich sanktioniert, aber allgemein gebräuchlich. Würde sich der Farmarbeiter weigern, so würde er von den Behörden als Rebell gegen althergebrachte Ordnung verfolgt. Seine Kameraden würden sich von ihm zurückziehen. Ausserdem wissen die meisten Bauern gar nicht, dass die «Zehnten»-Abgabe vom Gesetz abgeschafft wurde.

Der argentinische Gewerkschaftsbund hat vor einiger Zeit seine befähigsten Organisatoren nach Chile gesandt, um die Bewegung des Landes zu fördern. Auch ihre Berichte beweisen ein ständiges Wachsen der Gewerkschaftsbewegung.

Eine streng revolutionäre Presse wurde gegründet und Tausende von Informationsschriften wurden verbreitet. In Santiago wurde kürzlich eine Gewerkschaftszeitung *El Productor* gegründet, deren Leserkreis ständig zunimmt. Im äussersten Süden hat die Gewerkschaftsbewegung im Bereich der Magellan-Strasse durch den Magellan-Gewerkschaftsbund greifbare Formen angenommen. Diese Föderation gibt in Punta Arenas ein vorzügliches Blatt heraus *El Trabajo* (Arbeit). In der gleichen Stadt wird noch ein anderes Blatt *Adelante* (Vorwärts) herausgegeben. Auch die Maccaroni- und Spaghettiarbeiter geben in Santiago ein Blatt heraus, *Obrero Fideero*, das aber nicht nur den Interessen ihres Berufes, sondern auch der allgemeinen Propaganda dient.



Verschiedenes.

Für die Jugend.

Die Stiftung der Schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft «Für die Jugend», welche von Herrn Bundesrat Hoffmann präsiert wird, hat schon letztes Jahr mit gutem Erfolg Glückwunsch-Marken und -Karten auf Weihnachten verkauft. Von dem Ergebnis von über 124,000 Fr. wurde der Hauptteil kantonalen oder lokalen Organisationen zur Bekämpfung der Tuberkulose bei Kindern überwiesen. In den letzten Jahren ist viel gegen die Tuberkulose geschehen. Aber noch sind die Opfer der Tuberkulose so zahlreich, in den besten Jahren zahlreicher als die aller andern Krankheiten zusammengenommen, so dass nicht genug getan werden kann. Der Stiftungsrat hat daher entschieden, dass auch der Ertrag von 1913 der Bekämpfung der Tuberkulose bei Kindern dienen soll.

Dank dem Entgegenkommen des Schweizerischen Post-Departements und der Schweizerischen Oberpostdirektion kann die Stiftung mit einer offiziellen Marke arbeiten, welche bei 10 Rp. Verkaufspreis 5 Rp. Frankaturwert hat. Die Marke hat nur Gültigkeit für den inländischen Verkehr, und zwar vom ersten Dezember 1913 bis 28. Februar 1914. Der Verkauf erfolgt durch die Poststellen und durch die Privatorganisation der Stiftung während des Monats Dezember.

Ausser den Marken werden zwei Serien von Glückwunschkarten verkauft.

Die Verkaufsorganisation geht vom Schweizerischen Zentralsekretariat, Zürich I, Untere Zäune 11, aus. In vielen Gegenden sind Kantons- oder Bezirkssekretäre tätig. Es wird angestrebt, dass in jeder Stadt und in jedem Dorf ein Sekretär den Verkauf organisiert. Die Stiftung hofft, dass sie, indem der Hauptteil des Ertrages im Kanton zur Verwendung kommt, aus dem er herrührt, der ganzen Schweiz dienen kann.

Der Stiftungsrat, dem angesehene Persönlichkeiten aller Teile des Landes angehören, bittet, den Mitarbeitern, deren Aufgabe viel Liebe zur Sache erfordert, den Verkauf zu erleichtern.

Eine Edelsteinfabrik in Thun.

Am 13. Oktober letzthin hat die «Schweizerische Edelsteinfabrik Fritz Lüthy & Co.» in Aarberg in einem provisorischen Gebäude an der Mittleren Strasse in Thun einen mechanischen Betrieb für Edelsteinschleiferei auf-

genommen. Heute schon beschäftigt sie 35 Arbeitskräfte, die sich in den nächsten vierzehn Tagen noch um 24 vermehren werden. Die Firma hat ihr Hauptbureau gegenwärtig noch in Aarberg, wo sie seit zehn Jahren ansässig ist und ihre Arbeit an vereinzelte Heimarbeiter und an Pierristenateliers im Baselland, in Lucens, Pieterlen usw. vergab. Mit der Neugründung in Thun beabsichtigt das Geschäft, seinen Betrieb zu zentralisieren und sie gedenkt, in nächster Zeit im Seefeld ein eigenes Fabrikgebäude zu erstellen, in dem mindestens 150 Arbeiter Beschäftigung finden sollen. Die Inangriffnahme des Baues hängt nur noch von der Erledigung der Platzfrage ab. Die nun mit eigenen patentierten Maschinen elektrisch betriebene Fabrikation soll der Firma bedeutende Vorteile bieten und gestattet, die Arbeiter für ihren Beruf innerhalb vierzehn Tagen anzulernen, währenddem der Handarbeiter eine anderthalbjährige Lehrzeit bestehen muss. Das Geschäft fabriziert alle die verschiedenen Edelsteinsorten, Rubinen, Granaten, Saphire usw., und zwar hauptsächlich zu technischen Zwecken, für die Verwendung in Uhrwerken, Messinstrumenten, elektrischen Zählern usw. Die Fabrik verspricht sich eine aussichtsreiche Zukunft und sucht ihre Absatzgebiete ebensowohl im Auslande wie in der Schweiz. Ihre hauptsächlichliche Kundschaft fand sie bisher in Deutschland und Amerika. Die Firma hat ihre Fabrikfähigkeit nach Thun ausgedehnt, weil sich diese Stadt als Industriort schon sehr entwickelt hat und mit den bevölkerten Vororten die nötigen Arbeitskräfte stellen kann. Dieses neue Unternehmen ist sehr zu begrüssen, da es vielen intelligenten Leuten bei schöner Bezahlung eine feinere Fabrikarbeit verschafft.

Der Dividendensegen.

Bisher haben fünf schweizerische Finanztrusts ihre Jahresrechnungen pro 1912 veröffentlicht; sie verzeichnen einen Reingewinn von 5,04 Millionen gegen 4,38 Millionen Franken im Jahre 1911. Die dreizehn Kantonalbanken, die bisher ihre Jahresrechnungen veröffentlicht haben, haben einen Gesamtreingewinn von 8,59 Millionen zu verzeichnen gegen 8,03 Millionen im Vorjahr. Die Gewinne der zwölf grossen privaten Hypothekenbanken, die bisher publiziert wurden, betrugen im soeben beendeten Geschäftsjahre 6,52 Millionen gegenüber 5,66 Millionen im Vorjahr. Die 36 kleineren Handelsbanken — wobei wir unter «klein» einen Gewinn von weniger als eine Million verstehen — haben im abgelaufenen Jahr einen Reingewinn von total 6,47 Millionen zu verzeichnen. Im Vorjahre erbrachten die gleichen 36 Banken, die bisher berichtet haben, einen Gewinn von 6,03 Millionen. Die sieben Grossbanken, die bisher berichtet haben, erbrachten einen Reingewinn von 31,8 Millionen gegen 27,9 Millionen im Vorjahr. Stellen wir diese von uns berechneten Gesamtgewinne zusammen, so erhalten wir folgendes Bild:

	Reingewinn 1912	Reingewinn 1911
5 Finanztrusts	5,04 Mill.	4,38 Mill.
13 Kantonalbanken	8,59 »	8,03 »
12 Grosshypothekenbanken	6,52 »	5,66 »
36 Handelsbanken	6,47 »	6,03 »
7 Grossbanken	31,80 »	27,90 »

Diese Gegenüberstellung zeigt uns die gewaltige Kapitalkonzentration in der Schweiz einerseits und andererseits zeigt sie uns, dass ein den Banken durch seine hohen Geldpreise so günstiges Jahr wie 1912 in erster Linie denen zugute kommt, die schon viel haben, den Grossbanken und den Finanztrusts, während die Gewinne der andern Banken nur langsam steigen.